



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

13. Sitzung (öffentlich)

12. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Referat III.1

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 3 |
| 1 | Landesregierung muss hohe Überstundenberge rechtssicher vor Verfall schützen – Mehrarbeit wertschätzen und bei Bedarf in Langzeitkonten überführen | 4 |
| | Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4132

Ausschussprotokoll 18/289 | |
| 2 | Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen – PFoG) sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften | 5 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5467 | |

- 3 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchuG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes** **6**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5468
- 4 Geplantes Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz** **7**
- wird heute nicht behandelt
- 5 Nachfrage zu Vorlage 18/1411** **8**
- Vorlage 18/1592
- 6 Modernisierungsoffensive Öffentlicher Dienst** **9**
- Vorlage 18/1586
- 7 Einstellungszusagen für 2023 für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie für Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz** **10**
- Vorlage 18/1587
- wird heute nicht behandelt
- 8 Mehrere Fälle der Diffamierung von Sicherheitsbehörden durch Dozenten der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV) – Auswirkungen der aktuellen Vorkommnisse auf die Fortbesetzung der vergüteten Zusammenarbeit** **11**
- Vorlage 18/1570
- 9 Verschiedenes** **12**

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Im Einvernehmen mit allen Fraktionen werden der Tagesordnungspunkt 4 **Geplantes Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz** und der Tagesordnungspunkt 7 **Einstellungszusagen für 2023 für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie für Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz** abgesetzt. Die Beratungen sollen in der Sitzung am 14.11.2023 erfolgen.

1 Landesregierung muss hohe Überstundenberge rechtssicher vor Verfall schützen – Mehrarbeit wertschätzen und bei Bedarf in Langzeitkonten überführen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4132

Ausschussprotokoll 18/289

Der Antrag in Drucksache 18/4132 wurde vom Plenum am 04.05.2023 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) sowie zur Mitberatung an den Unterausschuss Personal, an den Rechtsausschuss und an den Innenausschuss überwiesen.

Am 08.08.2023 haben der Haushalts- und Finanzausschuss und der Unterausschuss Personal eine gemeinsame Anhörung durchgeführt.

Im Ergebnis **empfiehlt** der Unterausschuss Personal dem Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP und der AfD bei Enthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen.

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen – PFoG) sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5467

Der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 18/5467) wurde vom Plenum am 23.08.2023 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) sowie zur Mitberatung an den Unterausschuss Personal überwiesen.

Vorbehaltlich der Entscheidung des Haushalts- und Finanzausschusses am 14.09.2023 spricht sich der Unterausschuss Personal einvernehmlich dafür aus, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die eingereichten Stellungnahmen sollen in der Anhörung zum Personaletat 2024 am 17.10.2023 berücksichtigt werden. Die Vorsitzende schlägt vor, die beiden Dachverbände DGB NRW und DBB NRW als gesetzt zu betrachten. Weitere Benennungen seien möglich.

3 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchuG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5468

Der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 18/5468) wurde vom Plenum am 23.08.2023 zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA), an den Unterausschuss Personal sowie an den Hauptausschuss überwiesen.

Der mitberatende Unterausschuss hat sich für eine nachrichtliche Beteiligung ausgesprochen, falls der federführende Rechtsausschuss eine Präsenzhörung beschließen sollte.

4 Geplantes Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz

Wird heute nicht behandelt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

5 Nachfrage zu Vorlage 18/1411

Vorlage 18/1592

Stefan Zimkeit (SPD) bittet um Erläuterung, wie viele der unbesetzten Planstellen/Stellen, die nicht die Unterrichtstätigkeit betreffen, zu verzeichnen seien.

Gemäß **MR'in Nicole Michels (MSB)** werden diese Zahlen in der Regel mit den amtlichen Schuldaten zum Stichtag 15.10.2023 einmalig erhoben.

Das Ministerium für Schule und Bildung avisiert, die entsprechenden Zahlen nachzuliefern.

6 Modernisierungsoffensive Öffentlicher Dienst

Vorlage 18/1586

Zu den Ausführungen in der Vorlage 18/1586 bittet **Stefan Zimkeit (SPD)** um ergänzende Informationen.

Gemäß **LMR Dr. Tobias Trierweiler (FM)** habe man sich aktuell mit den Gewerkschaften auf ein Verfahren verständigt. Hierbei sei allerdings Vertraulichkeit vereinbart worden. Zwischen Landesregierung und Gewerkschaften seien Werkstattgespräche auf Arbeitsebene zu einzelnen Themen verabredet worden, wie sie bereits im Zukunftsvertrag für NRW definiert seien; etwa die (Wochen)-Arbeitszeit und die Neugestaltung des Zulagenwesens.

Zeitlich könne man noch nichts absehen. Es hänge von der Entwicklung und Erfolg der Werkstattgespräche ab.

Laut **LMR Dr. Tobias Trierweiler** habe das Ministerium der Finanzen erste Ziele erreicht, wie z.B. die Umsetzung der Anpassung der Lehrkräftebesoldung. Darüber hinaus solle zeitnah das Gesetz zur Novellierung des Laufbahnrechts in den Landtag eingebracht werden. Man befinde sich bereits in der regierungsinternen Abstimmung.

7 Einstellungszusagen für 2023 für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie für Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz

Vorlage 18/1587

Wird heute nicht behandelt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

8 Mehrere Fälle der Diffamierung von Sicherheitsbehörden durch Dozenten der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV) – Auswirkungen der aktuellen Vorkommnisse auf die Fortbesetzung der vergüteten Zusammenarbeit

Vorlage 18/1570

Der Tagesordnungspunkt wurde intensiv erörtert. Die offen gebliebenen Fragen zum Sachverhalt werden gemäß **MDgt Dr. Axel Emenet (IM)** schriftlich nachgeliefert (Stichwort: Tweet der Dozentin A. vom 29.01.2021 sowie Tweet vom 07.09.2023).

9 Verschiedenes

Die Vorsitzende weist auf die Anhörung zum Personalhaushalt 2024 am 17.10.2023 hin.

gez. Carolin Kirsch
Vorsitzende

02.10.2023/04.10.2023